

Mohammed Al-Amrani und Julia Pickhardt  
September 2026

# Fragile Konsolidierung

*Jemens neue Regierung und die Notwendigkeit  
europäischer Governance-Unterstützung*

## Impressum

### Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn  
info@fes.de

### Herausgebende Abteilung

FES Büro Jemen, Aden

### Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Dr. Marie-Christine Heinze, CARPO

### Kontakt

Astrid Becker  
[Astrid.Becker@fes.de](mailto:Astrid.Becker@fes.de)

### Design/Layout

Rohtext, Bonn

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

September 2026  
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:  
➤ [www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)

**Mohammed Al-Amrani und Julia Pickhardt**  
September 2026

# **Fragile Konsolidierung**

*Jemens neue Regierung und die Notwendigkeit  
europäischer Governance-Unterstützung*

# Inhalt

|                                                                      |    |
|----------------------------------------------------------------------|----|
| Akronyme / Abkürzungen .....                                         | 3  |
| Zusammenfassung .....                                                | 4  |
| Fragile Konsolidierung: Jemens neue politische Landschaft .....      | 5  |
| Jemens neue Regierung: Zusammensetzung und Reformagenda .....        | 8  |
| Hindernisse für Reformen: Drei strukturelle Herausforderungen .....  | 11 |
| Ein fragiles Zeitfenster: Schlussfolgerungen und Implikationen ..... | 14 |
| Empfehlungen für das europäische Engagement .....                    | 15 |
| Literatur .....                                                      | 19 |
| Über das Projekt .....                                               | 21 |
| Über die Autor:innen .....                                           | 21 |

# Akronyme / Abkürzungen

|            |                                    |
|------------|------------------------------------|
| <b>CBY</b> | Central Bank of Yemen              |
| <b>IAR</b> | international anerkannte Regierung |
| <b>PLC</b> | Presidential Leadership Council    |
| <b>SMC</b> | Supreme Military Committee         |
| <b>STC</b> | Southern Transitional Council      |
| <b>VAE</b> | Vereinigte Arabische Emirate       |

# Zusammenfassung

Die Auflösung des Südlichen Übergangsrats (Southern Transitional Council (STC)) und die Bildung einer neuen jemenitischen Regierung unter Premierminister Zindani haben eine einzigartige politische Konstellation geschaffen, die greifbare Möglichkeiten eröffnet: einen kohärenteren Präsidialen Führungsrat; Saudi-Arabiens unangefochtene Vermittlerrolle; und eine veröffentlichte Reformagenda, die bereits erste Ergebnisse hervorgebracht hat, darunter den ersten Staatshaushalt seit 2019, die Liberalisierung der Zolltarife und die Einführung eines biometrischen Gehaltsabrechnungssystems zur Eindämmung jahrzehntelanger Verluste im Staatshaushalt. Diese Konsolidierung ist real, bleibt jedoch fragil. Sie ruht auf drei ungelösten Konfliktlinien: der Vertretung des Südens, die bislang eher prozedural verwaltet als politisch gelöst wurde; der Abhängigkeit der staatlichen Finanzen von einer durch Riad kontrollierten Finanzarchitektur; sowie der Integration ehemaliger Kräfte des STC, durch die die Frage einer rechenschaftspflichtigen Sicherheitsversorgung eher vertagt als geklärt wurde.

Seit Mitte 2026 vollzieht sich diese Entwicklung vor dem Hintergrund einer erneuten Eskalation des Konflikts, die vor allem durch die regionale Konfrontation zwischen den USA, Israel und Iran angetrieben wird. Ansar Allah (auch bekannt als „die Huthis“) nutzen wie bereits während des Gaza-Krieges, auch diesen regionalen Konflikt, um ihren politischen Einfluss auszubauen. Dieses Mal richten sich ihre Angriffe unmittelbar gegen Saudi-Arabien und die Schifffahrt im Roten Meer. Die Eskalation belastet alle drei Konfliktlinien zusätzlich und zielt darauf ab, die Regierung vor die Wahl zwischen Kriegsführung und Regierungsführung zu stellen – ein Dilemma, das sie ohne externe Unterstützung voraussichtlich nicht erfolgreich bewältigen kann.

Diese Wahl zwischen beiden Optionen ist zugleich eine europäische. Die Entwicklung staatlicher Regierungsführung im Jemen hat unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit im Roten Meer, die Stabilität am Horn von Afrika und Migration in einer Zeit, in der die maritime Infrastruktur, die Asien, die Golfregion und Europa verbindet, neu gestaltet wird. Dieses Papier argumentiert, dass europäische Akteure die gegenwärtige Situation als Gelegenheit für ein Investment in gute Regierungsführung und staatliche Handlungsfähigkeit betrachten sollten und nicht lediglich als eine humanitäre Übergangslösung. Zudem sollten sie dem Reflex widerstehen, Governance-Zusagen sofort in Nothilfeprogramme umzuwandeln, jetzt, wo die Kämpfe wieder aufgeflammt sind.

# Fragile Konsolidierung: Jemens neue politische Landschaft

Die politische Landschaft Jemens zur Mitte des Jahres 2026 ist das Ergebnis einer raschen politischen Neuordnung, die im Dezember 2025 begann und noch immer nicht abgeschlossen ist. Innerhalb der vergangenen acht Monate wurde die wichtigste secessionistische Bewegung des Landes offiziell aufgelöst, eine neue Regierung trat an und veröffentlichte bereits ihre Reformagenda, der Präsidentschaftsrat (Presidential Leadership Council, PLC) gewann so stark an innerem Zusammenhalt, was ihm seit seiner Gründung im Jahr 2022 gefehlt hatte, und schließlich flammte der Konflikt mit Ansar Allah erneut mit voller Intensität auf. Für jeden Akteur, der darüber nachdenkt, ob und in welcher Form er sich im Jemen engagieren sollte, ist es unerlässlich zu verstehen, wie diese Konstellation entstanden ist und weshalb sie möglicherweise nicht von Dauer sein wird.

Die Operation *Promising Future*, die am 2. Dezember 2025 vom Südlichen Übergangsrat (Southern Transitional Council, STC) gestartet wurde, ging aus drei miteinander verflochtenen Dynamiken hervor: Erstens kündigte PLC-Resolution Nr. 11 die Zentralisierung der Öl- und Gaseinnahmen an und bedrohte damit die informellen wirtschaftlichen Netzwerke, welche die Sicherheits- und Verwaltungsstrukturen des STC finanzierten. Dadurch wurde die Kontrolle über Hadhramaut und die östlichen Gouvernorate, in denen diese Ressourcen konzentriert sind und über die die eigentlichen STC-Hochburgen nicht verfügten, zu einer wesentlichen Voraussetzung für den Erfolg jedes tragfähigen süd-jemenitischen Projekts.

Zweitens hatten die wiederholten politischen Krisen innerhalb des PLC im Laufe des Jahres 2025 den STC-Vorsitzenden Aidarus al-Zubaidi davon überzeugt, dass entschlossenes Handeln ihm mehr Einfluss verschaffen würde als weitere interne Verhandlungen. Und drittens signalisierte die erneute Einstufung der Muslimbruderschaft als terroristische Organisation durch Washington nach dem Treffen zwischen Kronprinz Mohammed bin Salman und Präsident Trump im November 2025 (The White House 2025) die Bereitschaft, eine regionale Kampagne gegen islamistische Bewegungen zu unterstützen. Dies dürfte erklären, weshalb die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) die gegen Islah-nahe Kräfte gerichtete Operation stillschweigend duldeten. Diese Duldung erstreckte sich jedoch nicht auf eine secessionistische Machtübernahme.

Als der STC durch die Übernahme von Ölinfrastruktur und strategischen Grenzkorridoren zu einer offen secessionisti-

schen Agenda übergang, überschritt er die rote Linie Saudi-Arabiens in Bezug auf die territoriale Einheit Jemens. Riad reagierte entschlossen: Es sprach zunächst eine formelle Warnung aus und forderte den Rückzug des STC, ehe es Luftangriffe auf militärische Einrichtungen des STC durchführte (Asharq Al-Awsat 2025). Gleichzeitig stellte PLC-Präsident Rashad al-Alimi den VAE ein 24-stündiges Ultimatum zum vollständigen Abzug ihrer Streitkräfte aus dem Jemen und setzte das bilaterale Verteidigungsabkommen aus, das die Grundlage der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen den VAE und dem Jemen gebildet hatte (Yemen Monitor 2025). Unter saudischem Druck und ohne Rückhalt der VAE brach der STC innerhalb weniger Tage zusammen. Hochrangige Vertreter des Südübergangsrats verkündeten während eines von Saudi-Arabien vermittelten Treffens in Riad im Januar 2026 offiziell die Auflösung der Bewegung (South24 2026). Diese Auflösung des STC war nicht allein eine militärische Niederlage, sondern die strukturelle Folge seiner Abhängigkeit von ausländischer Unterstützung: Mit dem Wegfall der Patronage durch die VAE war die Bewegung nicht länger in der Lage, ihre Kontrolle über Aden und den Südjemen aufrechtzuerhalten.

## Eine neue Konstellation und ein erster Stresstest

Im Zuge dieser Krise leitete der PLC eine umfassende Regierungsumbildung ein. Außenminister Shaya Mohsen Zindani wurde zusätzlich zum Ministerpräsidenten ernannt und das neue, 35 Mitglieder umfassende Kabinett wurde Anfang Februar 2026 bei einer Zeremonie in Riad offiziell vereidigt (Aljazeera 2026a). Ihre Zusammensetzung wird weiter unten genauer beleuchtet. Seit der Absetzung al-Zubaidis und seines Stellvertreters, die beide durch Persönlichkeiten mit einer stärker auf die Einheit des Landes ausgerichteten Haltung ersetzt wurden, agiert der Rat mit größerer innerer Kohäsion als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt seit seiner Gründung im Jahr 2022. Saudi-Arabien hat seine regionale Führungsrolle im Jemen-Konflikt gefestigt: Das Königreich unterhält direkte Kommunikationskanäle zu Ansar Allah, stellt die für das Funktionieren der international anerkannten Regierung (IAR) notwendigen finanziellen Mittel bereit und muss keinen ernsthaften Rivalen fürchten, der seine Vision eines geeinten Jemen offen infrage stellen würde.

Die Geschlossenheit des PLC wurde jedoch im Juli 2026 auf die Probe gestellt. Am 23. Juli erließ der PLC ein Dekret zur Regierungsumbildung, das drei personelle Veränderun-

gen auf Ministerebene vorsah: Afrah al-Zouba sollte vom Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit in das Amt der Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten und Auswanderer wechseln und damit als erste Frau in der jemenitischen Geschichte dieses Amt bekleiden. Badr Basalama wurde als ihre Nachfolge im Planungsministerium benannt, während Dr. Ahd Ja'soos für das Ministerium für lokale Verwaltung vorgesehen war (Yemen Monitor 2026a; The National 2026). Mehrere Mitglieder des PLC erhoben hiergegen Einwand und argumentierten, das Dekret habe die konsensbasierten Entscheidungsverfahren des Rates umgangen. Bemerkenswert ist, dass sich die Einwände gegen das Verfahren und nicht gegen die Personalentscheidungen selbst richteten: Die Ernennung al-Zoubas wurde vollzogen, während die beiden anderen Versetzungen zunächst ausgesetzt wurden. Basalama trat daraufhin zurück, während Dr. Ja'soos ihre bisherige Position als Staatsministerin beibehielt. Während das Ressort für lokale Verwaltung bis heute unbesetzt ist, war die zugrunde liegende politische Frage gleichwohl innerhalb weniger Wochen geklärt: Mit dem Republikanischen Dekret Nr. 65 vom 25. August wurde der erfahrene Diplomat Mohammed Abdullah al-Faqmi, zuletzt stellvertretender Ständiger Vertreter des Jemen bei den Vereinten Nationen in Genf, zum Minister für Planung und internationale Zusammenarbeit ernannt, diesmal mit ausdrücklicher Zustimmung des PLC (Presidency of the Republic of Yemen 2026a). Anders als die politischen Zerwürfnisse, die den PLC zwischen 2022 und 2025 prägten, betraf dieser Konflikt also das Verfahren und nicht die politische Ausrichtung. Damit erwies sich der institutionelle Regelungsrahmen des Rates als Mechanismus der Selbstkorrektur.

## Erneute Eskalation

Seit Mitte 2026 ist die Konsolidierung des PLC und der Regierung überschattet vom erneut eskalierenden Konflikt. Tödliche Angriffe der Huthis auf Regierungsstellungen in Marib, al-Jawf, Ta'iz und al-Hudayda im August und September veranlassten die von Saudi-Arabien geführte Koalition zu Angriffen auf Ziele im Westen des Landes, den ersten seit 2022. Ansar Allah reagierten darauf mit der Ausrufung einer Seeblockade gegen Saudi-Arabien, einem Aufruf zur allgemeinen Mobilisierung sowie der Intensivierung ihrer Angriffe auf die Schifffahrt im Roten Meer und auf die saudische Ölinfrastruktur (Al Jazeera 2026b, 2026c). Anfang September übernahmen sie die Kontrolle über strategisch wichtige Gebiete im Jemen entlang der Straße von Bab al-Mandab. Die Kampfhandlungen um diese Gebiete dauern an.

Wichtig ist, dass diese Eskalation primär nicht auf innerjemenitische Konfliktstrukturen zurückzuführen ist. Vielmehr handelt es sich um eine Erweiterung der umfassenden Konfrontation zwischen den USA, Israel und Iran. Dabei folgten Ansar Allah einem inzwischen vertrauten Muster: Wie schon während der Kampagne im Roten Meer im Zuge des Gaza-Krieges nutzt die Gruppierung einen regionalen

Konflikt, um ihren politischen Einfluss auszubauen, diesmal durch direkte Angriffe auf Saudi-Arabien. Der regionale Charakter der Eskalation spiegelt sich auch in der Reaktion Riads wider. Am 7. August unterzeichnete Saudi-Arabien mit der Türkei und Pakistan das Gemeinsame Verteidigungsabkommen von Mekka, das die drei Staaten verpflichtet, einen bewaffneten Angriff auf einen von ihnen als Angriff auf alle zu betrachten (Al Jazeera 2026d). Analysten haben darauf hingewiesen, dass vergleichbare saudische Verteidigungsvereinbarungen nur selten zu konkreten Maßnahmen der gegenseitigen Verteidigung geführt haben und dass der diplomatische Wert dieses Abkommens seinen militärischen Gehalt möglicherweise übersteigt (Atlantic Council 2026). Dennoch lässt dies vermuten, dass Saudi-Arabien weder auf eine Rückkehr zur direkten Konfrontation mit Ansar Allah vorbereitet war noch eine solche anstrebte und bislang eher Risiken begrenzt als eine klar definierte Strategie verfolgt hat.

Erst allmählich verlagerte Riad im August seinen Ansatz hin zu einer Reaktion, die von jemenitischen Regierungskräften unter der Koordination des Obersten Militärkomitees (Supreme Military Committee (SMC)) umgesetzt wurde. Dieser Wandel sendet ein veritables institutionelles Signal: Die konzertierten und koordinierten Drohnenoperationen, wie sie im August zeitgleich an mehreren Fronten durchgeführt wurden, wären für die zersplitterten Streitkräfte im Jahr 2022 unmöglich zu realisieren gewesen. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Bemühungen des SMC zur Vereinheitlichung der Kommandostrukturen tatsächlich operative Fortschritte nach sich gezogen haben, wird aber angesichts der fortgesetzten Kampfhandlungen in al-Hudayda und anderen Fronten noch zu verifizieren sein. Offizielle Medien zumindest stellen die Giants Brigades und die National Resistance Forces inzwischen als Bestandteile einer einheitlichen nationalen Armee dar. Gleichzeitig konkurriert eine Regierung, die an mehreren Fronten zugleich aktiv Krieg führt und gleichzeitig eine funktionsfähige staatliche Institutionen aufbauen will, mit sich selbst: und zwar um den knappen fiskalischen Spielraum und begrenzte ministerielle Kapazitäten. Genau zu dieser Entscheidung soll die Eskalation die Regierung zwingen: zwischen Kriegführung und Regierungsführung. Es ist eine Entscheidung, die die Regierung ohne Unterstützung auf Dauer nicht gewinnen kann.

## Bestandsaufnahme

Die Entwicklungen der vergangenen acht Monate lassen sich am treffendsten als fragile Konsolidierung beschreiben: tatsächliche strukturelle Veränderungen, welche zwar die Voraussetzungen für Reformen schaffen, deren Dauerhaftigkeit jedoch nur begrenzt gewährleistet ist. Die VAE behalten ein tiefgreifendes strategisches Interesse an den Häfen und maritimen Korridoren des Jemen, und ihre gegenwärtige Marginalisierung ist politischer und nicht dauerhafter Natur.

Diese fragile Konsolidierung vollzieht sich in einem Moment, in dem die maritime Infrastruktur der weiteren Region einen tiefgreifenden strukturellen Wandel durchläuft. Die kriegserischen Störungen im Roten Meer und in der Straße von Hormus haben sich von einer akuten Krise zu einem dauerhaften Zustand entwickelt. Reedereien und Golfstaaten bauen alternative Transportkorridore, Pipelines und Exportdrehscheiben auf, ausgehend von der Annahme, dass auf die bisherigen Routen nicht länger uneingeschränkt Verlass ist (Windward 2026; Lloyd's List Intelligence 2026). Die Entscheidungen, die heute darüber getroffen werden, welche Korridore gesichert werden und welche Staaten als verlässliche Partner für deren Absicherung gelten, werden die wirtschaftsgeografische Struktur der Region weit über den aktuellen Konflikt hinaus prägen.

Die entscheidende Frage für internationale Akteure ist daher nicht, ob der Jemen stabil ist – das ist er nicht –, sondern ob diese spezifische Konstellation eines geeinten PLC und einer reformorientierten Regierung ein echtes Zeitfenster für ein Engagement eröffnet, das die Anstrengungen Saudi-Arabiens ergänzt, ohne sie zu duplizieren. Dieses Zeitfenster bleibt auch weiterhin offen. Die erneuten Kampfhandlungen haben es nicht geschlossen; sie haben vielmehr die Kosten erhöht, die entstehen, wenn es ungenutzt bleibt.

# Jemens neue Regierung: Zusammensetzung und Reformagenda

Die Bildung der Zindani-Regierung im Februar 2026 markierte einen bewussten Bruch mit den koalitionsbasierten Strukturen, die die jemenitische Regierungsführung seit 2014 geprägt hatten. Erstmals wurde eine Regierung als technokratisches Kabinett mit klar definierten, dienstleistungsorientierten Aufgaben vorgestellt und nicht als Ausdruck bestehender politischer Machtgleichgewichte. In der Praxis bleibt der politische Proporz jedoch bestehen: Das 35-köpfige Kabinett verteilt die Ressorts auf Vertreter des Allgemeinen Volkskongresses, der Islah-Partei, der Sozialistischen Partei, Persönlichkeiten, die dem ehemaligen STC nahestehen, sowie auf Vertreter der Hadhramaut-Stammeskonföderation. Gleichwohl signalisiert diese Zusammensetzung eine bedeutende Neuausrichtung: Die Ernennung von drei Ministerinnen, eine starke, die inzwischen zentrale politische Rolle der Region widerspiegelnde Vertretung des Hadhramaut sowie die gezielte Berufung von Persönlichkeiten, die eher mit einer gesamtjemenitischen als mit einer sezessionistischen Ausrichtung verbunden werden. All das deutet darauf hin, dass die Regierungsbildung gleichermaßen von einer Konsolidierungslogik nach dem Rückgang des STC-Einflusses geprägt war wie von dem Willen zur politischen Machtteilung. Zugleich wird so eine klare Botschaft von Inklusivität und Reformbereitschaft vermittelt, die sich in erster Linie an internationale Geberländer richtet.

## Umstrukturierung der Regierung und wichtige Ernennungen

Die Ernennung von Shaya Mohsen Zindani zum Premierminister war in mehrfacher Hinsicht strategisch bedeutsam: Der Karrierediplomat und ehemaliger Botschafter, der bis Juli 2026 das Amt des Außenministers innehatte, stammt aus al-Dhali', einer Region, die als Hochburg des STC gilt und aus der auch Persönlichkeiten wie al-Zubaidi selbst stammen. Seine Ernennung signalisiert sowohl den Versuch, die politische Spaltung im Süden zu überbrücken, als auch die bewusste Entscheidung, diplomatischer Glaubwürdigkeit Vorrang vor fraktioneller Loyalität einzuräumen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem die Außenbeziehungen der Regierung ebenso wichtig sind wie ihre innenpolitischen Beziehungen.

Die Einbindung von Frauen in Ministerämter erstmals seit 2020 ist bereits für sich genommen ein politisches Signal und wurde durch die Regierungsumbildung vom Juli 2026 erneut bekräftigt: Afrah al-Zouba, die über umfangreiche

Erfahrung in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und Staatsaufbau verfügt, wechselte vom Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit in das Amt der Ministerin für Auswärtige Angelegenheiten und Auswanderer und wurde damit zur ersten Außenministerin in der Geschichte des Jemen. Gleichzeitig leitet RichterIn Ishrak al-Maktari das Ressort für Rechtsangelegenheiten, während Dr. Ahd Mohammed Salem Ja'soos als Staatsministerin ein Portfolio verantwortet, das auf die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen ausgerichtet ist. Im August 2026 ging das Ressort für Planung und internationale Zusammenarbeit an Mohammed Abdullah al-Faqmi über, einen erfahrenen Diplomaten, der zuvor als stellvertretender Ständiger Vertreter des Jemen bei den Vereinten Nationen in Genf tätig war. Aufgrund seines multilateralen Hintergrunds sowie seiner Deutsch- und Englischkenntnisse stellt das Ministerium einen ungewöhnlich zugänglichen Ansatzpunkt für europäisches Engagement dar.

## Die Reformagenda

Der im März 2026 vom Kabinett verabschiedete Aktionsplan der Regierung für das Jahr 2026 definiert sechs strategische Prioritäten: wirtschaftliche und monetäre Stabilisierung, institutionelle Regierungsführung und digitale Transformation, Rechtsstaatlichkeit, die Ausweitung staatlicher Autorität, gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie den Übergang von internationaler Hilfe zu einer entwicklungsorientierten Partnerschaft (Saba News 2026a). Innerhalb ihrer ersten vier Monate traf die Regierung mehrere wichtige Entscheidungen, die über Jahre hinweg blockiert waren. Die Freigabe des Zoll-Dollar-Wechselkurses beseitigte eine seit 2014 bestehende Belastung der Staatseinnahmen. Ein landesweit eingeführtes biometrisches Registrierungsverfahren, das ein neues Smart-Card-Identifikationssystem nutzt, dient zur Erfassung von Militärangehörigen, Sicherheitskräften sowie zivilem Personal. Diese Maßnahme schließt gleichsam ein Loch, durch das der Fiskus immer wieder hohe Verluste erleidet: Sie bereinigt viele Gehaltslisten und unterbindet so die Existenz von Scheinbeschäftigten sowie Mehrfachbezügen. Der erste offiziell verabschiedete Staatshaushalt seit 2019 stellt das grundlegende fiskalische Steuerungsinstrument der neuen Regierung dar. Zugleich schuf er die Voraussetzung für eine weitere Unterstützung durch Saudi-Arabien und signalisierte, dass nun grundlegende Mechanismen fiskalischer Rechenschaftspflicht etabliert werden. Darüber hinaus hat die neue Regierung in ihren ersten Monaten regelmäßig Kabinetts-

sitzungen abgehalten – ein Zeichen institutioneller Kohärenz, das sie deutlich von ihren beiden Vorgängerregierungen unterscheidet.

Die Reformagenda erstreckt sich auch auf die Ministeriumsebene, was erkennen lässt, dass sich allmählich ein breiter Wandel von kurzfristigem Krisenmanagement hin zu institutioneller Resilienz vollzieht: Ein von Saudi-Arabien unterstützter Yemen Health Fund verankert unabhängige externe Prüfmechanismen im Gesundheitssektor (Presidency of the Republic of Yemen 2026b); Weltbank und UNDP unterstützen die Modernisierung des öffentlichen Finanzmanagements sowie der Personal- und Gehaltsverwaltung im Ministerium für den öffentlichen Dienst (World Bank 2026a); das Ministerium für lokale Verwaltung treibt eine Dezentralisierungsinitiative zur Stärkung staatlicher Regierungs- und Verwaltungsstrukturen über Aden hinaus voran (Yemen TV 2026); das Ministerium für soziale Angelegenheiten und Arbeit führt eine formelle Beschäftigungsquote von 5 Prozent für Menschen mit Behinderungen ein; und ministerienübergreifende Antikorruptionsworkshops flankieren diese Reformbemühungen (Yemen Monitor 2026b).

Trotz der militärischen Eskalation wurden die Reformbemühungen weiter vorangetrieben. Im August 2026 führte das Büro des Premierministers in Aden eine Echtzeit-Plattform zur Nachverfolgung von Verwaltungsvorgängen ein, die es Bürger:innen sowie Unternehmen ermöglicht, den Bearbeitungsstand ihrer Anträge über Referenznummern oder QR-Codes zu verfolgen, ohne Regierungsbehörden persönlich aufsuchen zu müssen (Yemen Future 2026). Später im selben Monat, als sich die Kämpfe an mehreren Fronten intensivierten, leitete Zindani die erste Sitzung eines neu geschaffenen Ministerausschusses für institutionelle Reformen, dessen Aufgabe darin besteht, die Reformagenda von der Diagnose- und Planungsphase in die Umsetzung zu überführen und regelmäßig über Fortschritte zu berichten. Für sich genommen ist keiner dieser Schritte transformativ. Gemeinsam deuten sie jedoch darauf hin, dass der Reformprozess über ein institutionelles Momentum verfügt, das nicht von ruhigen Rahmenbedingungen abhängig ist – und genau das macht ihn gegenwärtig unterstützenswert.

## Reformen der Zentralbank

Der Reformkurs der Zentralbank des Jemen (Central Bank of Yemen, CBY) stellt die technisch am weitesten fortgeschrittene Komponente der institutionellen Reformagenda der Regierung dar. Zu den wichtigsten Fortschritten zählen der Übergang von einem festen zu einem marktbasierten Wechselkursregime durch wettbewerbliche Devisenauktionen, die deutliche Anhebung der Mindestkapitalanforderungen für Banken sowie die Einführung einer Echtzeitüberwachung internationaler Finanzströme über das SWIFT-Scope-System. Nach der Verlagerung der Hauptsitze großer Banken nach Aden, die dazu dient, Risiken im Zusammenhang mit internationalen Sanktionen zu verringern, hat die CBY ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von

Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AML/CFT) weiter gestärkt, insbesondere durch modernisierte Meldesysteme bei verdächtigen Transaktionen sowie ein an den Basel-Standards ausgerichtetes Risikomanagementverfahren. Diese Reformen positionieren die Zentralbank als institutionellen Partner, der sich an internationalen Standards orientiert. Für ihre vollständige Umsetzung bleiben jedoch ein nachhaltiger Aufbau technischer Kapazitäten sowie fortgesetzte externe Unterstützung unerlässlich (IMF 2026a).

## Sicherheitssektor: Integration und ihre Grenzen

Die sicherheitspolitische Dimension der Regierungsagenda folgt einer Strategie, die die Integration statt Zerschlagung bestehender Strukturen vorsieht, und zwar sowohl auf militärischer als auch auf polizeilich-ziviler Ebene. Auf militärischer Seite arbeitet das per Präsidialdekret eingerichtete und von Saudi-Arabien maßgeblich unterstützte SMC an der Vereinheitlichung von Kommandostrukturen sowie der Konsolidierung von Personalregistern. Dies zielt sowohl auf die Integration der dem STC nahestehenden Streitkräfte ab als auch darauf, die relativ große Zersplitterung der anti-Huthi-Koalition im Jemen zu überwinden. Angesichts des Fehlens tragfähiger Alternativen und des Umstands, dass die Entsendung STC-externer militärischer Kräfte nach Aden ein politisch sensibler Punkt ist, setzt das SMC darauf, solche Verbände schrittweise aus der Abhängigkeit von den VAE herauszulösen, anstatt sie direkt zu konfrontieren.

Auf der Ebene der zivilen Sicherheitsstrukturen wurden Akteure, die dem STC nahe stehen, in Funktionen des Innenministeriums sowie in hochrangige Sicherheitspositionen in den südlichen Gouvernoraten eingegliedert. Dies wird durch die diesjährigen Dekrete Nr. 48 und 114 des Innenministeriums festgelegt. Diese Integrationsstrategie stellt einen ersten Versuch dar, die Sicherheitskoordination von informellen, personenbezogenen Arrangements auf stärker institutionalisierte und rechenschaftspflichtige Strukturen zu verlagern. Wie wirksam er ist, wird jedoch davon abhängen, ob der politische Wille zur Integration auch über die aktuelle Phase der Stabilisierung hinaus bestehen bleibt (Saba News 2026b).

Diese Konsolidierung hat jedoch eigene Risiken hervorgebracht. Kritiker und Regierungsvertreter, die dieser Integration hochrangiger Militär- und Sicherheitsakteure skeptisch gegenüberstehen, warnen davor, dass eine derart starke Machtkonzentration zur Folge haben könnte, dass Individuen beträchtlichen persönlichen und regionalen Einfluss ausüben könnten. Dies könnte letztlich eher zu einer Schwächung als zu einer Stärkung staatlicher Strukturen führen. Die Machtbündelung stellt damit langfristig eine Herausforderung für die Regierung dar und erschwert zugleich eine ausgewogene politische Repräsentation des Südens.

Die jüngsten Attentate in Aden auf ein prominentes Mitglied der Islah-Partei, einen wichtigen zivilgesellschaftli-

chen Akteur sowie einen Militärkommandeur der National Resistance verdeutlichen zudem die Notwendigkeit besonderer Vorsicht bei der Umsetzung von Sicherheitssektore reformen. Obwohl die Anschläge offiziell Ansar Allah und der organisierten Kriminalität zugeschrieben werden (2 December News Agency 2026; Algoumhouriya TV 2026), machen diese aufsehenerregenden Morde deutlich, wie fragil die gegenwärtige Sicherheitslage ist.

Die erneuten Kämpfe gegen Ansar Allah haben außerdem deutlich gemacht, was der laufende Integrationsprozess erreicht hat und was nicht. Auf operativer Ebene hätten die Ende August durchgeführten synchronisierten Kampagnen an mehreren Fronten die Fähigkeiten der zersplitterten Streitkräfte des Jahres 2022 überstiegen. Ihr Erfolg deutet daher darauf hin, dass die Arbeit des SMC zur Vereinheitlichung der Kommandostrukturen reale Fortschritte zeitigt. Auf institutioneller Ebene bleibt das Bild hingegen unverändert. Das Thema Integration von Sicherheitskräften adressiert zwar das politische Problem, bewaffnete Akteure in staatliche Strukturen einzubinden, löst jedoch nicht die Frage der Legitimität. Die Bevölkerung in Gebieten, die von integrierten Sicherheitskräften kontrolliert werden, muss darauf vertrauen können, dass diese Kräfte dem Staat und den Gemeinschaften, denen sie dienen, rechenschaftspflichtig sind – und nicht den Kommandeuren, die ihre Eingliederung ermöglicht haben. Vertrauensbildung hier erfordert eine umfassende Reform des Sicherheitssektors, die weit über die gegenwärtige Integrationsstrategie hinausgeht. Erforderlich ist vielmehr ein Ansatz, der institutionelle Defizite bei Aufsicht und Beschwerdemechanismen behebt, gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit fördert und klare Befehls- und Verantwortungsstrukturen schafft, die nicht durch persönliche Patronagenetzwerke umgangen werden können. Dies ist ein langfristiges Vorhaben, das über den gegenwärtigen politischen Handlungsspielraum der neuen Regierung hinausreicht. Der derzeit laufende Integrationsprozess wird jedoch entweder die Grundlage für eine solche Entwicklung schaffen oder sie dauerhaft erschweren – je nachdem, ob Mechanismen der Rechenschaftspflicht von Beginn an verankert werden.

# Hindernisse für Reformen:

## Drei strukturelle Herausforderungen

Die oben skizzierte Reformagenda wird durch strukturelle Rahmenbedingungen begrenzt, die weder von der Regierung geschaffen wurden noch von ihr allein überwunden werden können. Die folgenden drei Kategorien von Herausforderungen – miteinander verknüpft, aber analytisch klar voneinander zu trennen – werden darüber entscheiden, ob sich das gegenwärtige Zeitfenster in nachhaltige Reformen übersetzen lässt oder in die bekannten Muster politischer Fragmentierung zurückfällt. Die seit Mitte 2026 erneut aufgeflamten Kämpfe verschärfen alle drei Problembereiche.

### Herausforderung 1: Repräsentation des Südens und der ins Stocken geratene Süd-Süd-Dialog

Die formelle Auflösung des STC hat einen der am stärksten organisierten und institutionell konsolidierten Akteure süd-jemenitischen Politik beseitigt, ohne ihn durch einen alternativen Mechanismus politischer Repräsentation zu ersetzen. Auch wenn der STC nie die einzige Stimme des Südens war, verlieh ihm seine Organisationsstruktur eine Dominanz, über die andere süd-jemenitische Fraktionen und Akteure nicht verfügten. Er unterhielt einen umfangreichen Verwaltungs-, Sicherheits- und Militärapparat, übte de facto Regierungsgewalt in Aden aus und fungierte als wichtigster Kanal, über den politische Forderungen aus dem Süden in nationale und internationale Prozesse eingebracht wurden. Sein Wegfall hat ein Vakuum geschaffen, das die gegenwärtige Regierung bislang nicht wieder befriedigend füllen konnte.

Dieses Vakuum trifft auf ein fragiles Machtgleichgewicht zwischen mehreren stark umkämpften Hochburgen im Süden, insbesondere in al-Dhali', Lahj und Yafi'. Jüngste Umstrukturierungsmaßnahmen haben versucht, diese Spannungen durch gezielte Personalentscheidungen zu mildern. Die gewählten Arrangements stellen jedoch eher ein Management konkurrierender Fraktionen dar als eine tatsächliche Lösung der tief verwurzelten wirtschaftlichen und governancebezogenen Problemlagen.

Für die von Saudi-Arabien angekündigte Süd-Süd-Dialogkonferenz, die darauf abzielen soll, süd-jemenitische Anliegen innerhalb eines geeinten jemenitischen Rahmens zu behandeln, existiert bislang weder ein öffentlich bekannt gegebener Termin noch eine Teilnehmerliste oder konkrete Agenda. Die erneuten Kämpfe haben die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Einberufung zusätzlich verringert, da sowohl die Aufmerksamkeit des Vermittlers als auch die

politischen Kapazitäten der Regierung an anderer Stelle gebunden sind. Statt als Plattform für eine strukturelle Aussöhnung, scheint die Konferenz immer mehr einem Parallelzweck zu dienen: Nämlich der IAR dabei zu helfen, den Widerstand ehemaliger STC-Führungspersonlichkeiten zu kanalisieren, während sie ihren eigenen administrativen Spielraum zur Ausübung der Regierungsgewalt festigt. Verstärkt wird diese Dynamik durch die Lagerbildung innerhalb des ehemaligen STC: Akteure, die bereit sind, sich individuell auf die von Riad vermittelten Dialogformate einzulassen, entfernen sich zunehmend von denen, die jeden Prozess ablehnen, der nicht auf dem Prinzip der süd-jemenitischen Selbstbestimmung beruht.

Elitengesteuerte Dialogformate bergen das Risiko, Vereinbarungen ohne gesellschaftliche Legitimität hervorzubringen, während historische und strukturelle Konfliktursachen – etwa wirtschaftliche Marginalisierung und ungelöste Fragen staatlicher Ordnung und Regierungsführung – weiterhin unbeachtet bleiben. Die Gefahren dieses Repräsentationsvakuaums zeigen sich bereits deutlich: Wiederholte Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und STC-Anhängern führten zwischen Februar und April 2026 in Aden, Shabwa und Hadhramaut zu Todesopfern (Human Rights Watch 2026; Security Council Report 2026). Diese Vorfälle bestätigen, dass die Auflösung der institutionellen Strukturen des STC die Ursachen seiner Popularität nicht beseitigt hat. Je länger der Prozess für die jemenitische Öffentlichkeit intransparent bleibt, desto größer wird das Risiko einer erneuten Fragmentierung oder einer Radikalisierung süd-jemenitischer Forderungen.

### Herausforderung 2: Abhängigkeit und Rechenschaftspflicht bei Reformen

Die Finanzarchitektur der IAR ist nahezu vollständig von saudischen Zuwendungen abhängig. Dazu zählen Entwicklungshilfen in Höhe von 1,9 Milliarden Saudi-Riyal (ca. 504 Mio. US-Dollar) im Januar 2026, 1,3 Milliarden Saudi-Riyal (ca. 346 Mio. US-Dollar) für Gehalts- und Betriebsausgaben im Februar 2026, 150 Millionen US-Dollar zur Unterstützung von Treibstoffimporten im Mai 2026 sowie eine weitere Gehaltszahlung in Höhe von 224 Millionen Saudi-Riyal (ca. 60 Mio. US-Dollar) im Juni 2026 (Al Arabiya English 2026; Saudi Press Agency 2026a, 2026b, 2026c). Die Folge ist eine hohe strukturelle Verwundbarkeit: Sollten sich die Prioritäten Saudi-Arabien verändern, würde sich der politische und fiskalische Hand-

lungsspielraum für Reformen unmittelbar verengen. Die Abhängigkeit von Riad ist jedoch nicht nur finanzieller Natur. Auch die politische Positionierung der Regierung sowie ihre Fähigkeit, ehemalige STC-Kräfte zu integrieren, beruhen auf dauerhafter saudischer Unterstützung. Die Reformdynamik wird daher nur so lange Bestand haben, wie die saudische Unterstützung anhält.

Die ökonomische Lage ist äußerst schwierig: Die jemenitische Wirtschaft schrumpft seit drei Jahren in Folge, die Inflationsrate liegt bei über 20 Prozent, und mehr als die Hälfte der Haushalte berichtet davon, dass ihnen nicht mehr genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen (World Bank 2026b; IMF 2026a). Der Zusammenbruch der Ölexporte infolge der Angriffe von Ansar Allah auf das Ölterminal al-Dhabba im Jahr 2022, die historisch für mehr als 70 Prozent der Staatseinnahmen standen, hat die fiskalischen Rahmenbedingungen grundlegend verändert.

Der neue Staatshaushalt – der erste seit 2019 – signalisiert zwar finanzpolitischen Gestaltungswillen, basiert jedoch auf veralteten Bezugsgrößen aus dem Jahr 2014, die die wirtschaftliche Realität des Jahres 2026 nicht widerspiegeln: eine kumulierte Inflation von mehr als 650 Prozent und eine Abwertung der Landeswährung um 86 Prozent seit jenem Jahr. Ohne einen glaubwürdigen Umsetzungsplan, der Haushaltsansätze in konkrete ministerielle Leistungen und Verantwortlichkeiten mit klaren Rechenschaftsmechanismen übersetzt, droht der Haushaltsentwurf lediglich ein politisches Dokument zu bleiben, anstatt zu einem wirksamen Instrument staatlicher Steuerung zu werden.

Saudi-Arabien's vorrangiges Interesse im Jemen gilt politischer Stabilität und sicheren Grenzen, nicht der Qualität staatlicher Regierungsführung. Die Reformdynamik hängt daher davon ab, dass externe Akteure Anreize und Rechenschaftsmechanismen schaffen, die Riad allein nicht bereitstellen wird. Minister:innen mit ernsthaftem Reformwillen sehen sich institutionellen Hürden gegenüber, darunter eine schwache Verwaltungskapazität, eine unübersichtliche Bürokratie und Gehaltsrückstände, die durch einen neuen Haushaltsrahmen allein nicht behoben werden können.

Entscheidend ist jedoch, dass innenpolitische Reformen, die Priorität haben müssten, dem strategischen Kalkül Riads untergeordnet bleiben. Neun Monate nach der Entstehung der neuen politischen Konstellation hat Saudi-Arabien selbst noch keine kohärente Strategie für den Jemen formuliert, die über reines Krisenmanagement hinausgeht. Diese Lücke wird durch die saudische Reaktion auf die Eskalation im August besonders sichtbar: Statt eines klar erkennbaren politischen Ansatzes für den Jemen stand die Absicherung externer Sicherheitsgarantien durch das Gemeinsame Verteidigungsabkommen von Mekka im Vordergrund (Al Jazeera 2026d). Dadurch fehlt sowohl der IAR als auch internationalen Akteuren weiterhin eine klar definierte strategische Orientierung, an der sie ihre politischen Maßnahmen und Koordinierungsbemühungen ausrichten könnten.

Auch die Exekutivorgane des Jemen arbeiten weiterhin auf der Grundlage eines veralteten Rechtsrahmens, der ihre administrative Handlungsfähigkeit einschränkt. Das Repräsentantenhaus ist seit 2014 kaum noch zusammengetreten, während Aufsichtsorgane wie die Oberste Nationale Behörde zur Korruptionsbekämpfung (Supreme National Authority for Combating Corruption) und die Zentrale Organisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung (Central Organization for Control and Auditing) trotz Signalen des PLC, die auf eine Neustrukturierung dieser Institutionen hindeuten, weiterhin erheblich unterfinanziert und personell unterbesetzt sind (DeepRoot Consulting 2025). Auf Ministeriumsebene sind zwar neue Initiativen auf den Weg gebracht worden, doch fehlt ihnen die zentrale institutionelle Architektur, die für eine umfassende und systemische Reform erforderlich wäre (Saba News 2026c, 2026d; Saba News 2026b; Interviews mit hochrangigen Regierungsvertretern in Riad und Aden, Mai 2026).

### **Herausforderung 3: Governance-Defizite und begrenzte Einflussmöglichkeiten**

Der Jemen bleibt eine der schwerwiegendsten humanitären Krisenregionen weltweit; mehr als 22 Millionen der ca. 35 Millionen Menschen, die im Jemen leben, sind auf Unterstützung angewiesen. Gleichzeitig wird die humanitäre Hilfe zunehmend von der Förderung staatlicher Regierungs- und Verwaltungskapazitäten entkoppelt. Die Hilfsleistungen sichern zwar das Überleben großer Teile der Bevölkerung, tragen jedoch kaum zum Aufbau jener staatlichen Institutionen bei, die für eine dauerhafte Stabilisierung erforderlich sind (OCHA 2026). Diese Lücke spiegelt eine bewusste Verengung des internationalen Engagements auf Fragmentierungsmanagement wider. Die Folge ist ein sich selbst verstärkender Kreislauf: Schwache Regierungsführung erschwert Reformen, schwache Reformen verschlechtern die Regierungsführung, schwache Regierungsführung schafft zusätzlichen Raum für nichtstaatliche Akteure, und externe Akteure finanzieren diesen Zustand, anstatt seine strukturellen Ursachen anzugehen. Die erneuten Kampfhandlungen vergrößern diese Kluft, indem sie Aufmerksamkeit und Ressourcen genau in dem Moment wieder auf Krisenbewältigung und Nothilfe lenken, wo institutionelle Kapazitäten am dringendsten benötigt werden.

Die Ebene politischer Verhandlungen ist in offene Konfrontation übergegangen. Welchen Einfluss auch immer die Regierung im Umgang mit Ansar Allah einst auszuüben hoffte – ihre Hoffnungen wurden von den Ereignissen überholt, und auch der von den Vereinten Nationen geführte Prozess bietet kurzfristig keinen Weg zurück. Seit Juli 2026 stützt sich Riad zunehmend auf Regierungskräfte, um die militärische Reaktion anzuführen. Diese Abhängigkeit verändert zwar die militärische Position der Regierung, nicht jedoch ihre politische. Die Bedingungen einer möglichen künftigen Einigung werden weiterhin durch saudische Zeitpläne und saudische Prioritäten bestimmt, und auch Riads eigenes Handeln wird von einer regionalen Konfrontation

geprägt, die das Königreich nicht selbst gewählt hat und eher einzudämmen als zu eskalieren versucht (Crisis Group 2026). Zugleich zehren die anhaltenden Kämpfe an den administrativen, finanziellen und internationalen Kapazitäten, die für Reformen erforderlich sind. Von der Regierung wird verlangt, gleichzeitig Krieg zu führen und zu regieren, obwohl ihre Ressourcen für keine dieser beiden Aufgaben ausreichen.

Die Regierung hat allerdings begonnen, ihre gewachsene militärische Relevanz in ein diplomatisches Argument zu übersetzen. Bei einem Auftritt in Riad Ende Juli stellte Außenministerin Afrah al-Zouba die Eskalation als einen regionalen und nicht als einen jemenitischen Konflikt dar. Sie argumentierte, dass Ansar Allah versuche, den iranischen Ansatz in der Straße von Hormus auf das Rote Meer und die Bab al-Mandab-Meerenge zu übertragen, und dass die Gruppierung im Einklang mit der iranischen Eskalation in der gesamten Region agiere (Al Jazeera 2026e). Später warnte sie die Vereinten Nationen, dass Angriffe auf Häfen, zivile Einrichtungen und die Schifffahrt Folgen hätten, die weit über die Grenzen des Jemen hinausreichten, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, ihre erklärten Positionen in konkrete Maßnahmen umzusetzen (Middle East Online 2026). Diese Darstellung ist im Wesentlichen zutreffend: Die Störungen im Roten Meer und in der Straße von Hormus sind real, dauerhaft und beeinflussen bereits die Entscheidungen über globale Transport- und Handelsrouten. Ob sich diese Argumentation jedoch in politisches Gewicht übersetzen lässt, hängt davon ab, ob die Regierung nachweisen kann, dass sie als Staat funktioniert und nicht lediglich als Konfliktpartei agiert. Genau an diesem Punkt treffen die Governance-Agenda und die politische Verhandlungsschiene aufeinander.

Das nachlassende westliche Engagement im Jemen zeigt sich nicht in einer geringeren Zahl von Besuchen, sondern in einem schwindenden politischen Gestaltungsanspruch. Die westliche Politik gegenüber dem Jemen hat eine zunehmend transaktionale Ausrichtung angenommen, die eine komplexe Staatsbildungs- und Governancekrise auf die Frage maritimer Sicherheit reduziert. Dadurch wird die breitere internationale Unterstützungsarchitektur geschwächt, die bislang zumindest ein gewisses Gegengewicht zu rein regionalen Lösungsansätzen bildete.

Gleichzeitig ist das Verhältnis zwischen Regierungsführung und politischem Prozess nicht ausschließlich von Einschränkungen geprägt. Eine kohärentere und institutionell funktionsfähigere Regierung könnte mittel- bis langfristig die Verhandlungsposition der IAR stärken. Eine Regierung, die Gehälter auszahlt, ihren Haushalt verwaltet und südliche Bevölkerungsgruppen repräsentiert, verkörpert glaubwürdige und legitime Regierungsführung, die weder eine rein militärische noch eine von externen Akteuren gesteuerte Autorität ersetzen kann. Die Unterstützung von Governance-Reformen ist daher nicht von der Unterstützung der Voraussetzungen für einen dauerhaften Frieden zu trennen. Sie ist vielmehr eine Voraussetzung dafür.

# Ein fragiles Zeitfenster: Schlussfolgerungen und Implikationen

Die Entwicklungen zwischen Dezember 2025 und September 2026 haben eine staatliche und politische Konstellation hervorgebracht, die sich tatsächlich von dem unterscheidet, was zuvor bestand. Erstmals seit der Bildung des PLC im Jahr 2022 sind die strukturellen Voraussetzungen für bedeutende Reformen vorhanden: größerer innerer Zusammenhalt, ein unangefochtener externer Anker, eine veröffentlichte Agenda sowie Minister:innen, die entschlossen Reformen vorantreiben wollen. Der Umgang des PLC mit dem Streit um die Regierungsumbildung im Juli 2026 deutet darauf hin, dass diese Entwicklungen mehr als bloße kosmetische Veränderungen darstellen. Gleichwohl bleiben sie das Ergebnis eines spezifischen politischen Moments und nicht Ausdruck dauerhaft verankerter institutioneller Veränderungen. Sie tragen zwar das Potenzial für echten Wandel in sich, sind aber nicht selbsttragend.

Gleichzeitig macht dieselbe Neuordnung drei Bruchlinien sichtbar, die diese Fortschritte wieder zunichtemachen könnten: Das durch die Auflösung des STC entstandene Vakuum in der politischen Repräsentation des Südens wird bislang zwar prozedural verwaltet, ist institutionell jedoch nicht gelöst. Die Abhängigkeit der Reformagenda von der saudischen Finanzarchitektur bedeutet, dass ihre Dynamik nur so dauerhaft sein kann wie die fortgesetzte Unterstützung durch Saudi-Arabien. Darüber hinaus hat die Strategie, STC-nahe Kräfte zu integrieren, die eigentliche Herausforderung einer echten Sicherheitssektorreform nicht gelöst, sondern lediglich aufgeschoben: nämlich einen Sicherheitssektor zu schaffen, der den Bürger:innen dient und nicht den jeweils Mächtigen.

Die Rückkehr des Krieges erhöht den Druck auf alle drei Bruchlinien. Sie bindet die politische Aufmerksamkeit, die für eine Aussöhnung innerhalb des Südens erforderlich wäre, vertieft die fiskalische Abhängigkeit genau zu einem Zeitpunkt, da Riads Aufmerksamkeit auf eine regionale Konfrontation gerichtet ist, die das Königreich nicht selbst gewählt hat, und lenkt internationales Engagement zurück auf die Krisen- und Nothilfe, die durch die Reformagenda eigentlich überwunden werden sollte. Obwohl die Eskalation durch regionale Dynamiken zwischen den USA, Iran und Israel ausgelöst wurde, wird sie letztlich mit der Schwächung jemenitischer Institutionen bezahlt. Das Zeitfenster für ein sinnvolles Engagement steht offen, ist jedoch begrenzt. Es könnte sich durch erneute saudisch-emiratische Konkurrenz, eine Verschiebung saudischer Prioritäten oder schlicht durch Ermüdung schließen, da die Regierung gleichzeitige

Anstrengungen an mehreren Fronten nicht dauerhaft aufrechterhalten kann.

Dies stellt europäische Akteure vor eine Frage, die sie nicht ignorieren können. Das europäische Engagement im Jemen hat sich schrittweise darauf verengt, die politische Fragmentierung des Landes zu managen. Es zielt darauf ab, gerade genug institutionelle Kohärenz aufrechtzuerhalten, um einen vollständigen Staatszerfall zu verhindern, während zentrale Governance-Bereiche zunehmend regionalen Akteuren überlassen werden. Dieser Ansatz entsprach den Gegebenheiten der vorangegangenen Phase, in der eine gelähmte und intern zerstrittene Regierung unter konkurrierenden externen Patronagestrukturen agierte. Für die gegenwärtige Situation ist er jedoch nicht mehr angemessen und zudem strategisch inkohärent – insbesondere zu einem Zeitpunkt, an dem Defizite staatlicher Regierungsführung im Jemen weitreichende Folgen für die Sicherheit im Roten Meer, die Stabilität am Horn von Afrika und Migrationsbewegungen entfalten, die allesamt unmittelbar europäische Interessen berühren. Die Fortsetzung dieses bloßen Fragmentierungsmanagements in der aktuellen Situation ist keine neutrale Entscheidung. Sie signalisiert vielmehr, dass Europa nicht an die Ernsthaftigkeit der Reformagenda glaubt, und führt dazu, dass Europa seinen komparativen Vorteil preisgibt – nämlich seine besondere technische Expertise und langjährige Erfahrung im Bereich Governance und institutioneller Entwicklung.

Die jemenitische Regierung hat inzwischen selbst begonnen zu argumentieren, dass sie durch die Konfrontation mit einer Gruppierung, die regionale Spannungen für ihre eigenen Zwecke nutzt, zu einem gemeinsamen Sicherheitsinteresse beiträgt, anstatt andere darum zu bitten, ihren Krieg für sie zu führen. Und dieses Argument hat Substanz. Es wird jedoch nur dann Bestand haben, wenn die Regierung nachweisen kann, dass sie als Staat funktioniert und mehr ist als nur Konfliktpartei – und genau hier verfügt Europa über Einflussmöglichkeiten. Saudi-Arabien kann einen politischen Prozess verankern. Es kann jedoch nicht die Governance-Strukturen ersetzen, die Reformen dauerhaft tragfähig machen. Europa wiederum kann mit Riads politischem Gewicht im Jemen weder konkurrieren noch sollte es dies versuchen. Stattdessen kann es eine strategische Partnerschaft anbieten, die regionale Initiativen ergänzt und unterstützt, indem sie unverzichtbare Entwicklungszusammenarbeit sowie institutionelle Strukturen bereitstellt, die Reformen und Stabilität langfristig absichern. In einer regionalen Ordnung, in der das Engagement

der USA zunehmend unberechenbar wird und die maritime Infrastruktur, die Asien, die Golfregion und Europa miteinander verbindet, aktiv neu gestaltet wird, bietet der Jemen

eine kleine, aber konkrete Gelegenheit zu zeigen, dass Europas Bekenntnis zu alternativen multilateralen Partnerschaften mehr ist als bloße Rhetorik.

## Empfehlungen für das europäische Engagement

Eine europäische Strategie, die das Engagement regionaler Akteure ergänzt, bietet einen deutlich erfolgversprechenderen und akzeptableren Weg als der Versuch, Europa im Jemen als politisches Gegengewicht zu positionieren. Der sicherheitsorientierte Ansatz Saudi-Arabiens zur Eindämmung von Ansar Allah deckt sich mit den Zielen der Europäischen Union, die Schifffahrtsrouten im Roten Meer zu schützen sowie regionale Stabilität zu fördern. Die Ebene der Regierungsführung bleibt dabei jedoch weitgehend unberührt – und ein Governance-Vakuum in den von der IAR kontrollierten Gebieten ist kein neutraler Zustand. Es stärkt das Narrativ von Ansar Allah und schwächt die Glaubwürdigkeit der IAR als regierungsfähige Autorität.

Die Europäische Union verfügt bereits über das politische Mandat zum Handeln. In seinen Schlussfolgerungen vom Mai 2025 verpflichtete sich der Rat der Europäischen Union dazu, den umfassenden Reformplan der jemenitischen Regierung zu unterstützen, sich in den Bereichen Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung und fiskalische Rechenschaftspflicht zu engagieren sowie sein direktes Engagement zur Förderung einer inklusiven politischen Lösung auszubauen (Council of the European Union 2025). Diese Verpflichtungen wurden bislang jedoch nicht operationalisiert. Die hier vorgelegten Empfehlungen benennen niedrigschwellige Voraussetzungen, um sie in die Praxis umzusetzen. Sie erfordern weder neue Finanzierungsmandate noch neue institutionelle Strukturen und auch keine politische Konkurrenz zu Riad. Erforderlich ist lediglich die Entscheidung, den gegenwärtigen Moment als Investition in Governance zu begreifen und nicht als einen Zustand des bloßen humanitären Krisenmanagements.

### Für EU-Institutionen

- **Aufbau eines strukturierten Governance-Dialogs über eine eigens benannte Ansprechperson für das Planungsministerium:** Die EU-Delegation in Amman sollte eine dedizierte Ansprechperson für Governance-Fragen benennen. Diese Personalentscheidung kann ohne zusätzliche Ressourcen umgesetzt werden und signalisiert einen grundlegenden Wandel von humanitärer Krisenbewältigung hin zu einer Governance-Partnerschaft, während sie zugleich die institutionelle Kontinuität schafft, die eine solche Partnerschaft erfordert. Die Ansprechperson sollte auf der Arbeit der bestehenden Yemen Partners Group aufbauen und regelmäßige Kontakte mit dem Ministerium für Planung und internationale Zusammenarbeit institutionalisieren. Grundlage sollte eine klar definierte Arbeitsagenda sein, die sich an den Reformzielen und -benchmarks der Regierung orientiert. Die Funktion sollte innerhalb des laufenden Personalzyklus eingerichtet und arbeitsfähig gemacht werden. Das Mandat sollte mindestens vierteljährliche Kontakte auf Ministeriumsebene mit den drei ressortübergreifenden Reformministerien umfassen: dem Finanzministerium, dem Ministerium für Rechtsangelegenheiten sowie dem Ministerium für den öffentlichen Dienst. Diese Ministerien nehmen ressortübergreifende Aufgaben wahr und verfügen über Koordinierungs- und Verbindungsmechanismen im gesamten Ministerialapparat.
- **Neuausrichtung des Programms „Strengthening Institutional and Economic Resilience in Yemen“ (SIERY) auf ressortübergreifende Reformministerien unter Anwendung eines Payment-for-Performance-Ansatzes:** Das derzeitige SIERY-Programm, das von UNDP umgesetzt wird, konzentriert sich auf die Stär-

kung lokaler Governance-Strukturen und den Aufbau zivilgesellschaftlicher Kapazitäten. In der nächsten Programmphase sollte der Fokus auf die oben genannten ressortübergreifenden Ministerien ausgeweitet werden. Die Unterstützung sollte an Governance-Meilensteine geknüpft werden, die von der IAR selbst definiert wurden, sodass deren eigene Reformprioritäten unterstützt werden, anstatt externe Konditionalitäten vorzugeben. Bei der Konzeption der nächsten Programmphase sollten zudem die reformorientierten Ministerien berücksichtigt werden, die im Rahmen der laufenden Phase identifiziert wurden.

- **Bereitstellung technischer Unterstützung für die laufenden institutionellen Reformen der Zentralbank des Jemen (CBY):** Die technische Unterstützung für die Zentralbank des Jemen erfolgte bislang vor allem über das Middle East Technical Assistance Center (METAC) des IWF sowie im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen und konzentrierte sich auf makroökonomische Daten, Schuldenberichterstattung und fiskalische Koordinierung (IMF 2026b). Europäische Finanzinstitutionen könnten diese Unterstützung durch Beiträge in zwei Bereichen ergänzen, die von der CBY als besonders dringlich eingestuft wurden und in denen das Mandat des IWF enger gefasst ist: erstens die Modernisierung der Infrastruktur des Devisenmarktes, einschließlich der Bloomberg-basierten Initiative der CBY zur Weiterentwicklung des Devisenhandels, und zweitens die Stärkung der Cybersicherheitsarchitektur für Systeme des Finanzsektors. Beide Bereiche haben unter Kriegsbedingungen zusätzlich an Bedeutung gewonnen, da Zahlungssysteme stärker gefährdet sind und die Wahrung monetärer Stabilität schwieriger wird. Dasselbe gilt für die Zahlungs- und Gehaltsinfrastruktur, auf der die Auszahlung der Gehälter im öffentlichen Dienst beruht: Die Fähigkeit des Staates, seine Beschäftigten zu bezahlen, ist der sichtbarste Test dafür, ob er als Staat funktioniert und nicht lediglich als Konfliktpartei agiert. Die bereits laufende Einführung biometrischer Verfahren in der Personal- und Gehaltsverwaltung machen dies zu einem konkreten und messbaren Unterstützungsfeld. In beiden Bereichen ist europäische Expertise unmittelbar relevant und komplementär, anstatt bestehende Maßnahmen zu duplizieren; zugleich hat die CBY bereits einen deutlichen institutionellen Reformwillen erkennen lassen. Eine Verknüpfung dieser Unterstützung mit den von der Regierung selbst definierten finanzpolitischen Reformzielen stärkt die Logik eines Payment-for-Performance-Ansatzes, ohne neue Konditionalitätsmechanismen einzuführen.
- **Stärkung der Verbindung zwischen den Exekutiventscheidungen des PLC und ihrer Umsetzung auf Ministeriumsebene:** Das zentrale Defizit der gegenwärtigen Governance-Architektur im Jemen liegt nicht im Fehlen institutioneller Strukturen, sondern in den unzureichenden Mechanismen zur Übertragung von Entscheidungen des PLC auf die Ebene der Ministerien. Exekutiventscheidungen werden getroffen, münden jedoch

häufig nicht in ein koordiniertes Handeln der zuständigen Ressorts, wodurch die Umsetzung von Reformen unabhängig vom Reformwillen einzelner Ministerien beeinträchtigt wird. Gezielte Unterstützungsmaßnahmen sollten daher auf Systeme zur Nachverfolgung von Entscheidungen, Verfahren der interministeriellen Koordination sowie Rechenschaftsmechanismen ausgerichtet sein, die sicherstellen, dass die Vorgaben des PLC auf Ministeriumsebene tatsächlich umgesetzt werden und nicht auf dem Papier verbleiben.

- **Unterstützung einer unabhängigen zivilgesellschaftlichen Beobachtung des Süd-Süd-Dialogs durch jemenitische Organisationen:** Eine gezielte, begrenzte Förderung glaubwürdiger lokaler Organisationen mit dem Mandat, die Inklusivität und Umsetzung des Dialogprozesses zu beobachten, würde eine zusätzliche nichtstaatliche Ebene der Rechenschaftspflicht schaffen, ohne mit der von Saudi-Arabien wahrgenommenen Einberufungs- und Vermittlungsrolle in Konkurrenz zu treten. Die Eskalation macht eine frühzeitige Einberufung der Konferenz weniger wahrscheinlich und stärkt damit die Argumente für eine sofortige Finanzierung dieser Kapazitäten: Beobachtungsorganisationen können die Zwischenphase nutzen, um zu dokumentieren, wie der Konflikt südjemenitische Anliegen und Beschwerden verändert und wie belastbar die staatliche Leistungserbringung der Regierung unter wachsendem Druck bleibt. Für diese Aufgabe eignen sich insbesondere Organisationen, die bereits über etablierte Erfahrungen im Monitoring verfügen und in mehreren Regionen des Südens präsent sind. Mehrere solcher Organisationen befinden sich bereits im bestehenden Portfolio zivilgesellschaftlicher Förderprogramme der Europäischen Union.
- **Stärkung der Zivilgesellschaft und subnationaler Rechenschaftsmechanismen als zentraler Bestandteil der Governance-Unterstützung:** Nachhaltige Reformen erfordern Legitimität in den Augen der Bevölkerung und nicht allein institutionelle Kapazitäten auf Ministeriumsebene. Die EU sollte die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie Mechanismen der Rechenschaftspflicht zwischen Bürger:innenn und Staat ausdrücklich in ihre Jemen-Programme integrieren. Dazu gehört die Unterstützung von Plattformen für politischen Dialog und von Monitoring-Kapazitäten, die Bürger:innen sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Gouvernorate mit dem Reformprozess verbinden. Komitees auf Gouvernorats-ebene und basisnahe Repräsentationsstrukturen, die außerhalb Adens entstanden sind, laufen Gefahr, in einer Geberlandschaft übersehen zu werden, die ihren Fokus primär auf zentrale Regierungsinstitutionen richtet. Sie sollten daher ausdrücklich in die Programmplanung einbezogen werden. Dies stellt keine Parallelstruktur zur Zusammenarbeit mit den Ministerien dar, sondern deren notwendige Ergänzung: Reformen ohne gesellschaftliche Verankerung laufen Gefahr, technokratische Projekte zu bleiben, die sich nicht in tatsächliche Legitimität vor Ort übersetzen.

## Für europäische bilaterale Akteure

Europäische bilaterale Akteure können das institutionelle Engagement der EU ergänzen, indem sie direkten diplomatischen Zugang, nationale Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit sowie etablierte bilaterale Beziehungen zu jemenitischen und regionalen Akteuren einbringen, die über multilaterale Kanäle nicht in gleicher Weise verfügbar sind. Dort, wo bereits Programme im Jemen bestehen, sollte der Schwerpunkt auf einer Neuausrichtung hin zu Governance und institutioneller Resilienz liegen. Entscheidend ist weniger die Schaffung neuer Instrumente als vielmehr die strategischere Nutzung bestehender Ansätze in enger Abstimmung mit der Reformagenda der IAR. Hierfür können europäische bilaterale Akteure die IAR über zwei sich ergänzende Zugänge erreichen, die beide genutzt werden sollten, um das Engagement zu vertiefen: Riad als zentraler Ort für den direkten Kontakt zu maßgeblichen Minister:innen sowie politischen Entscheidungsträger:innen und Amman als Drehscheibe für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Koordinierung, über die ein großer Teil der internationalen Unterstützung für den Jemen abgewickelt wird. Die folgenden Empfehlungen richten sich an alle europäischen bilateralen Akteure, die sich aktiv im Jemen engagieren.

- **Innerhalb der EU-Gremien dafür eintreten, den Jemen primär durch die Governance-Perspektive und nicht durch die humanitäre Perspektive zu betrachten und diesem Ansatz auch unter Bedingungen erneuter Gewalt treu zu bleiben:** Dieser Perspektivwechsel beeinflusst, wie bestehende Mittel eingesetzt werden, wie Konditionalitäten ausgestaltet werden und ob europäisches Engagement auf politische Stabilisierung ausgerichtet wird oder auf Krisenreaktion reduziert bleibt. Die erneuten Kampfhandlungen machen es schwieriger, für dieses Argument einzutreten, zugleich aber umso wichtiger. Der institutionelle Reflex bei einer Eskalation von Konflikten besteht häufig darin, Governance-Zusagen zugunsten von Nothilfemaßnahmen umzuwidmen. Bilaterale Akteure mit Einfluss auf die außenpolitischen Beratungen der Europäischen Union sollten daher dafür eintreten, bestehende Verpflichtungen zur Förderung von Regierungsführung und institutioneller Resilienz auch während der Eskalation aufrechtzuerhalten. Kontinuität ist selbst eine Form der Unterstützung. Eine Regierung, die unter militärischem Druck weiterhin Reformen vorantreibt, demonstriert genau jene institutionelle Resilienz, die diese Programme stärken sollen. Ein Rückzug in diesem Moment würde hingegen signalisieren, dass das europäische Engagement von Rahmenbedingungen abhängig war, über die der Jemen nie verfügt hat.
- **Alternative Auszahlungsmodalitäten prüfen, die Treuhand-, Rechenschafts- und Governance-Risiken begrenzen, ohne die Regierung vollständig zu umgehen:** Direkte Budgethilfe für die IAR wirft angesichts begrenzter administrativer Aufnahmekapazitäten und bestehender Korruptionsrisiken berechtigte Bedenken hinsichtlich

der ordnungsgemäßen Mittelverwendung auf. Bilaterale Akteure sollten daher Modalitäten prüfen, die staatliche Eigenverantwortung und Einbindung aufrechterhalten und gleichzeitig diese Risiken begrenzen. Dazu zählen beispielsweise Payment-for-Performance-Modelle mit Auszahlungen auf Grundlage vereinbarter Reformfortschritte, die Umsetzung über VN-Durchführungspartner mit belastbaren Monitoring-Mechanismen sowie unabhängige Drittüberprüfungen, die eine externe Verifikation ermöglichen, ohne jemenitische Eigenverantwortung durch externe Bewertungen zu ersetzen. Die Abstimmung über wirksame Modalitäten hilft dabei zu verhindern, dass mehrere Geber dieselben Probleme parallel zu lösen versuchen. Ziel sollte es sein, Instrumente zu fördern, die staatliche Kapazitäten stärken, anstatt sie zu umgehen.

## Für Deutschland

**Deutschland nimmt unter den europäischen bilateralen Akteuren im Jemen eine besondere Stellung ein:** Es verfügt über diplomatischen Zugang sowohl in Riad als auch in Amman, kann auf eine langjährige Präsenz in der Entwicklungszusammenarbeit zurückgreifen und besitzt mit seinen politischen Stiftungen und Forschungseinrichtungen ein Netzwerk von Akteuren, die über ausgeprägte Kontextkenntnisse sowie etablierte Beziehungen zu politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren im Jemen verfügen. Die folgenden Empfehlungen knüpfen an bestehende deutsche Aktivitäten an, anstatt einen grundlegenden Kurswechsel zu fordern.

- **Den Jemen als Partner für regionale Sicherheit und nicht als bloßen Empfänger von Unterstützung anerkennen:** Die jemenitische Regierung stellt ihren Kampf gegen Ansar Allah als ihren Beitrag zu einem gemeinsamen Sicherheitsinteresse dar. Deutschland kann auf dieses Argument eingehen, indem es Vertreter der jemenitischen Regierung als Teilnehmer:innen an europäischen und multilateralen Diskussionen über die Sicherheit im Roten Meer und die maritime Sicherheit einbezieht, diese Perspektive in öffentlichen Erklärungen zur Schifffahrt und zur regionalen Stabilität widerspiegelt und den politischen Kontakt auf hoher Ebene aufrechterhält, einschließlich eines parlamentarischen oder ministeriellen Besuchs in Riad, wo die führenden Regierungsvertreter erreichbar sind. Ein solches Engagement würde signalisieren, dass Deutschland die derzeitige Regierung als glaubwürdigen Partner betrachtet, und dazu beitragen, den Jemen auf der politischen Agenda in Berlin zu verankern, solange das aktuelle Zeitfenster für ein Engagement offen bleibt.
- **Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit stärker auf Governance und institutionelle Resilienz ausrichten und vertiefen:** Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bewegt sich bereits in diese Richtung, indem die KfW Unterstützung über Durchführungspartner in

resilienzorientierte Programme kanalisiert. Diese bestehende Architektur eignet sich gut dafür, die Auszahlungsprobleme zu lösen, vor denen alle europäischen Geber stehen: Sie operiert bereits mit Abstand zu direkter Budgethilfe und hält zugleich eine arbeitsfähige Beziehung zur Regierung aufrecht. Die Aufgabe besteht nun darin, diesen Ansatz in enger Abstimmung mit der international anerkannten Regierung (IRG) ausdrücklich auf Governance und institutionelle Resilienz auszurichten, während Risiken in Bezug auf Treuhandstandards und Rechenschaftspflichten kontrolliert werden. Dabei sollte auf die leistungsgebundenen Auszahlungsmechanismen und Modelle der Drittparteienüberwachung aufgebaut werden, die von bilateralen Partnern bereits erwogen werden. Ziel sollte es sein, einen Wandel zu konsolidieren und zu vertiefen, der bereits begonnen hat.

→ **Deutschlands Netzwerk politischer Stiftungen und Forschungseinrichtungen nutzen, um die Kohärenz zwischen Feldwissen und politischer Entscheidungsfindung in Berlin zu stärken:** Institutionen wie die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Berghof Stiftung und CARPO verfügen über umfangreiche Kontextkenntnisse und Zugänge zu einem breiten Spektrum jemenitischer Akteure, die in der deutschen Jemen-Politik bislang nicht vollständig ausgeschöpft werden. Regelmäßige, institutionalisierte Konsultationen zwischen diesen Organisationen und den zuständigen Bundesministerien – insbesondere dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – würden dazu beitragen, dass das deutsche Engagement im Jemen stärker auf feldbasierter Expertise beruht, eine größere Bandbreite jemenitischer Perspektiven jenseits offizieller Regierungsstrukturen einbezieht und die Kohärenz zwischen den diplomatischen, entwicklungspolitischen und friedensfördernden Handlungssträngen Deutschlands stärkt.

2 December News Agency (2026): Tariq Saleh mourns Brigadier Yahya Wahish [in Arabic], <https://www.2dec.net/news81291.html> (accessed 30.08.2026).

Al Arabiya English (2026): Saudi Arabia announces developmental projects worth \$500 million in Yemen, 14 January 2026, <https://english.alarabiya.net/News/saudi-arabia/2026/01/14/saudi-arabia-announces-developmental-projects-worth-500-mln-in-yemen-> (accessed 01.07.2026).

Algoumhouriya TV (2026): Houthi accused of killing Wesam Qaed in Aden [in Arabic], <https://www.youtube.com/watch?v=Au8LRBBHz5I> (accessed 30.08.2026).

Al Jazeera (2026a): Hope and scepticism as Yemen's Saudi-backed gov't announces a new cabinet, 8 February 2026, <https://www.aljazeera.com/news/2026/2/8/hope-and-scepticism-as-yemens-saudi-backed-govt-announces-a-new-cabinet> (accessed 30.08.2026).

Al Jazeera (2026b): Houthi attacks on Yemeni government forces kill at least 30, 6 August 2026, <https://www.aljazeera.com/news/2026/8/6/houthis-claim-to-have-killed-45-in-attacks-on-yemeni-government-forces> (accessed 30.08.2026).

Al Jazeera (2026c): Yemen's Houthis launch ballistic missile attacks on al-Makha and Marib, 11 August 2026, <https://www.aljazeera.com/news/2026/8/11/yemens-houthis-launch-ballistic-missile-attacks-on-al-makha-and-marib> (accessed 30.08.2026).

Al Jazeera (2026d): Turkiye, Saudi Arabia, Pakistan sign joint defence agreement: What's in it?, 7 August 2026, <https://www.aljazeera.com/news/2026/8/7/turkiye-saudi-arabi-pakistan-sign-joint-defence-agreement-whats-in-it> (accessed 30.08.2026).

Al Jazeera (2026e): Houthis want to copy Iran's Hormuz control in the Red Sea: Yemeni FM, 28 July 2026, <https://www.aljazeera.com/news/2026/7/28/houthis-want-to-copy-irans-hormuz-control-in-the-red-sea-yemeni-fm> (accessed 30.08.2026).

Al-Khameri, Ahmed A. (2026): From hybrid security arrangements to good enough SSR in Yemen, CARPO Brief 29, <https://carpo-bonn.org/en/publications/carpo-briefs/from-hybrid-security-arrangements-to-good-enough-ssr-in-yemen> (accessed 01.09.2026).

Asharq Al-Awsat (2025): Saudi Defense Minister: Time for STC to Withdraw from Yemen's Hadhramaut and Al-Mahra, 27 December 2025, <https://english.aawsat.com/gulf/5223590-saudi-defense-minister-time-stc-withdraw-yemens-hadhramaut-and-al-mahra> (accessed 31.05.2026).

Atlantic Council (2026): Why Saudi Arabia, Pakistan, and Turkey just signed a defense pact, 7 August 2026, <https://www.atlanticcouncil.org/dispatches/why-saudi-arabia-pakistan-and-turkey-just-signed-a-defense-pact/> (accessed 30.08.2026).

Council of the European Union (2025): Council Conclusions on Yemen, ST 8690/25, 20 May 2025, <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8690-2025-INIT/en/pdf> (accessed 30.08.2026).

Crisis Group (2026): Bab al-Mandab/Yemen, Iran-US-Israel Trigger List, <https://www.crisisgroup.org/trigger-list/iran-usisrael-trigger-list/flashpoints/bab-al-mandab-yemen> (accessed 30.08.2026).

DeepRoot Consulting (2025): Accountability mechanisms in Yemen: Insights from Taiz, Aden, Hadhramawt, and Al Mahra, Berghof Foundation, Berlin, <https://berghof-foundation.org/library/accountability-mechanisms-in-yemen> (accessed 30.08.2026).

Human Rights Watch (2026): Yemen: Apparent Excessive Force Against Protesters, 17 March 2026, <https://www.hrw.org/news/2026/03/17/yemen-apparent-excessive-force-against-protesters> (accessed 30.08.2026).

IMF (2026a): Republic of Yemen: 2025 Article IV Consultation — Press Release; Staff Report; and Statement by the Executive Director for Republic of Yemen, 2 April 2026, <https://www.imf.org/en/news/articles/2026/04/02/pr-26106-yemen-imf-executive-board-concludes-2025-article-iv-consult> (accessed 08.06.2026).

IMF (2026b): Yemen: Concluding Statement of the 2025 Article IV Mission, 9 October 2025, <https://www.imf.org/en/news/articles/2025/10/09/imf-cs-yemen-2025-imf-article-iv-mission> (accessed 17.06.2026).

Interviews with senior government officials, Riyadh and Aden, May 2026.

Lloyd's List Intelligence (2026): Red Sea Brief, 23 July 2026, <https://www.lloydslistintelligence.com/resources/blog/red-sea-brief-23-july-2026> (accessed 30.08.2026).

Middle East Online (2026): Yemen warns Houthi attacks are widening threat beyond its borders, August 2026, <https://www.middle-east-online.com/en/yemen-warns-houthi-attacks-are-widening-threat-beyond-its-borders> (accessed 30.08.2026).

OCHA (2026): Yemen Humanitarian Update, April 2026, <https://www.unocha.org/publications/report/yemen/yemen-humanitarian-update-april-2026> (accessed 30.08.2026).

Presidency of the Republic of Yemen (2026a): Republican Decree Appoints Minister of Planning and International Cooperation, 25 August 2026, <https://presidentalalimi.net/en/news1965.html> (accessed 30.08.2026).

Presidency of the Republic of Yemen (2026b): Decree establishing the Health Fund [in Arabic], <https://presidentalalimi.net/news2137.html> (accessed 17.06.2026).

Saba News (2026a): Yemen government action plan priorities, <https://www.sabanew.net/viewstory/143263> (accessed 08.06.2026).

Saba News (2026b): Supreme Military Committee declaration [in Arabic], <https://www.sabanew.net/story/ar/140588> (accessed 30.08.2026).

Saba News (2026c): The Ministry of Communications completes a draft regulation regulating frequency spectra for communications networks [in Arabic], <https://shorturl.at/3tbcE> (accessed 30.08.2026).

Saba News (2026d): Yemen's Minister of Legal Affairs Reviews Ministry's Progress and 2026 Plan, <https://www.sabanew.net/viewstory/142341> (accessed 30.08.2026).

Saudi Press Agency (2026a): Saudi Arabia Provides SAR1.3 Billion to Support Yemen's Budget, Operating Expenses and Salaries, 26 February 2026, <https://spa.gov.sa/en/N2523502> (accessed 01.07.2026).

Saudi Press Agency (2026b): Yemen: Saudi Arabia's Latest Support Reflects Its Pivotal Role in Yemeni Security, Stability, 29 May 2026, <https://spa.gov.sa/en/N2602489> (accessed 01.07.2026).

Saudi Press Agency (2026c): Saudi Arabia Provides More Than SAR 224 Million to Support Yemeni Budget and Pay Public Sector Salaries, June 2026, <https://www.yemenmonitor.com/en/Details/ArtMID/908/ArticleID/174256> (accessed 01.07.2026).

Security Council Report (2026): Yemen: Briefing and Consultations, 13 April 2026, <https://www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2026/04/yemen-briefing-and-consultations-44.php> (accessed 31.05.2026).

South24 (2026): Dissolution of the STC announced from Riyadh, 9 January 2026, <https://south24.net/news/newse.php?nid=5238> (accessed 30.08.2026).

The National (2026): Yemen appoints first female foreign minister, 24 July 2026, <https://www.thenationalnews.com/news/mena/2026/07/24/yemen-appoints-first-female-foreign-minister/> (accessed 30.08.2026).

The White House (2025): Designation of certain Muslim Brotherhood chapters as foreign terrorist organizations and specially designated global terrorists, 24 November 2025, <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/2025/11/designation-of-certain-muslim-brotherhood-chapters-as-foreign-terrorist-organizations-and-specially-designated-global-terrorists/> (accessed 30.08.2026).

Windward (2026): One Month of War in the Gulf: Mapping the Global Maritime Disruption, 31 March 2026, <https://windward.ai/blog/one-month-into-the-iran-war/> (accessed 30.08.2026).

World Bank (2026a): Project to modernise public institutions and systems in Yemen, 2025, <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/099051526180523302> (accessed 30.08.2026).

World Bank (2026b): Yemen Economic Monitor: Pushing Against the Tide, Spring 2026, 21 May 2026, <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2026/05/21/economic-strain-deepens-in-yemen-as-regional-risks-intensify> (accessed 30.08.2026).

Yemen Future (2026): Yemen: Prime Minister's Office launches an electronic platform to track government transactions in Aden [in Arabic], August 2026, <https://yemenfuture.net/news/40811> (accessed 30.08.2026).

Yemen Monitor (2025): President Al-Alimi orders UAE forces to withdraw from Yemeni territory within 24 hours, 30 December 2025, <https://www.yemenmonitor.com/en/Details/ArtMID/908/ArticleID/159902> (accessed 30.08.2026).

Yemen Monitor (2026a): Yemeni President Conducts Cabinet Reshuffle, Appoints Three New Ministers, 23 July 2026, <https://www.yemenmonitor.com/en/Details/ArtMID/908/ArticleID/177234> (accessed 27.08.2026).

Yemen Monitor (2026b): Including Public and Private Sectors: Allocating 5% of Jobs for "People with Disabilities" in Yemen, 9 March 2026, <https://www.yemenmonitor.com/en/Details/ArtMID/908/ArticleID/166422> (accessed 30.08.2026).

Yemen TV (2026): EU and Yemeni Local Administration Collaborate to Strengthen Local Governance, 14 May 2026, <https://en.yementv.tv/eu-support-local-authorities-yemen/> (accessed 30.08.2026).

## Über das Projekt

Diese Publikation ist Teil der ‚Yemen Policy Analyse‘-Serie, die gemeinsam von der Friedrich-Ebert-Stiftung und CARPO umgesetzt wird. Vor dem Hintergrund tiefgreifender politischer und sozioökonomischer Transformationen im Jemen unterstützt dieses Projekt die Entwicklung von Publikationen zu zentralen Fragen der Regierungsführung, nachhaltigen Konfliktlösung und wirtschaftlichen Stabilisierung mit einem Fokus auf die Gebiete unter Kontrolle der international anerkannten Regierung. Es kombiniert vertiefte Analysen aktueller Entwicklungen mit kurzen Briefing-Papieren, die kurzfristige politische Ereignisse einordnen, um realistische und umsetzbare Empfehlungen für deutsche und internationale Entscheidungsträger zu formulieren. Durch die Kombination aus Policy Briefs, kurzfristigen Analysen sowie begleitenden Expertengesprächen und Briefings trägt das Projekt dazu bei, das politische Bewusstsein in Deutschland und Europa für den Jemen zu stärken und fundierte politische Entscheidungsprozesse zu unterstützen.

## Über die Autor:innen

**Mohammad Al-Amrani** ist Politikberater und Analyst mit mehr als zehn Jahren umfassender Erfahrung in der Analyse der wirtschaftlichen und politischen Dynamiken des Jemen. Seine Expertise umfasst politische Ökonomie, Politikevaluierung sowie das komplexe Zusammenspiel von wirtschaftlicher Stabilisierung und politischen Konfliktregelungen in fragilen und von Konflikten betroffenen Kontexten. Er ist Absolvent der London School of Economics (LSE) und besitzt einen Master of Public Policy (MPP). Seit 2013 arbeitet er für die international anerkannte Regierung (IAR) und war maßgeblich in den von den Vereinten Nationen geleiteten politischen Friedensprozess für den Jemen eingebunden. (mohamrani77@gmail.com)

**Julia Pickhardt** ist Associate Fellow bei CARPO. Seit 2017 arbeitet sie im Bereich der Friedensmediation, unter anderem als Projektmanagerin für Jemen bei der CMI – Martti Ahtisaari Peace Foundation von 2022 bis 2025, wo sie mit politischen Parteien und staatlichen Institutionen des Jemen zusammenarbeitete. Seit September 2025 ist sie Doktorandin am Geneva Graduate Institute. Ihre Forschung untersucht, wie Konfliktparteien in internationalisierten Friedensprozessen Handlungsmacht ausüben; der Jemen dient ihr dabei als zentrale Fallstudie. (pickhardt@carpo-bonn.org)

